

liberal central
mitgliederzeitschrift des fdp-bezirksverbandes
berlin-mitte
ausgabe oktober 2008



Herausgeber, V.i.S.d.P

Henner Schmidt
Vorsitzender des FDP-Be-
zirksverbandes Berlin-Mitte
Französische Straße 8
10117 Berlin

liberalcentral@fdp-mitte.de

Distribution

700 Stück digital (.pdf)
200 Stück Print

Chefredakteur

Nils Augustin
augustin@liberal-central.de

Redakteure/Autoren

Nils Augustin, Claudia
Bandow, Anno Blissen-
bach, Kurt M. Lehner,
Markus Löning, Katja v.
Maur, Peter Pawlowski,
Frauke Sander, Henner
Schmidt, Stefan Scholz

Autoren dieser Ausgabe

Boris Böhme, Jürgen
Hacker, Anne Jordan,
Stefan Kröger, Beate
Schütz, Bettina v. Seyfried,
Alexandra Thein, Thomas
Waterstradt

Leserbriefe

Michael Unterberger

FDP in Mitte im Internet

fdp-berlin-mitte.de

fdp-fraktion-mitte.de

liberal-central.de

fdp-gendarmenmarkt.de

fdp-ot.de

fdp-tiergarten.de

fdp-wedding.de

fdp-wilhelmstadt.de

Bankverbindung

FDP Mitte
Konto 0653 386 104
Postbank Berlin
BLZ 100 100 10

Textbeiträge mit Namens-
zeichen geben die Meinung
nur ihres Autors wieder,
nicht die der Redaktion.

liberal central
mitgliederzeitschrift des fdp-bezirksverbandes
berlin-mitte

ausgabe oktober 2008

www.liberal-central.de

Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde in Berlin-Mitte,

nach 14 Jahren unfreiwilliger Abstinenz sind die bayerischen Li-
beralen wieder in den Landtag im Maximilianeum eingezogen,
erreichten mit Spitzenkandidat Martin Zeil 8,0 (plus 5,4) Prozent
der Wählerstimmen. Das ist das beste Ergebnis aller Zeiten für
die FDP in Bayern. Die langjährige Landesvorsitzende Sabine
Leutheusser-Schnarrenberger stellt angesichts des Erfolges und
der erdrutschartigen Verluste der ehemaligen bayerischen Staats-
partei CSU nüchtern fest: „Wir sind bereit, Verantwortung zu
übernehmen.“ Unser Bundesvorsitzender Guido Westerwelle
unterstrich am Wahlabend im Thomas-Dehler-Haus, dass es ein
„großer Tag für die Kraft der Freiheit“ sei. Und Bundesgeschäfts-
führer Hans-Jürgen Beerfeltz ließ es sich nicht nehmen, auf einen
gar erfreulichen Trend zu verweisen: „Seit Mai 2001 haben 53
Wahlen stattgefunden, und dabei hat die FDP bei 46 Wahlen ihr
Wahlergebnis verbessert, zum Teil sogar deutlich zugelegt. Die
FDP ist in 13 Bundesländern in Fraktionsstärke vertreten. Sie
arbeitet bislang in drei Landesregierungen mit.“

Im Übrigen beschäftigt sich diese Ausgabe von LC wesentlich mit
der nächsten öffentlichen Wahl für die Berlinerinnen und Berli-
ner, der Europawahl 2009. Am 17. Januar 2009 wird die Europa-
wahlversammlung unseres Bundesverbandes hier in Berlin die
liberale Wahlliste für die Europawahl aufstellen, und die Spitzen-
kandidatin oder der Spitzenkandidat der Berliner FDP soll auf der
Europawahlversammlung der Berliner FDP am 11. Oktober 2008
gekürt werden. Auf den folgenden Seiten stellen sich (in der Rei-
henfolge der Erklärung ihrer Kandidatur) die Parteifreundinnen
und Parteifreunde Beate Schütz, Alexandra Thein, Stefan Kröger,
Boris Böhme und Jürgen Hacker Ihnen vor. Kurz vor Versen-
dung dieser Ausgabe gab es im Übrigen die Nachricht, dass auch
der Parteifreund Bernhard Skrodzki a.a.O. kandidieren will.

Mit liberalen Grüßen, Nils Augustin

Natürlich gibt es ein Recht auf Faulheit.

Es gibt aber nicht einen Anspruch darauf,
dass die Allgemeinheit sie finanzieren muss.

Dirk Niebel

Lagebericht des Vorsitzenden

Die Finanzkrise ist noch lange kein Grund, den Kapitalismus abzuschaffen

von Henner Schmidt

Liebe Leserinnen und Leser, die Finanzkrise weitet sich immer weiter aus. Nach und nach werden immer weitere Effekte offenkundig und jedem wird klar, dass er auf die eine oder andere Weise persönlich betroffen sein wird. Im politischen Bereich führt diese Situation dazu, dass die Rolle des Staates in der Wirtschaft wieder grundlegend diskutiert wird.



Vor allem ist es jetzt en vogue, in eine allgemeine antikapitalistische Polemik zu verfallen. Dabei machen leider viele Politiker und Medien unreflektiert mit. Die Linkspartei fühlt sich besonders bestätigt. Uralte angestaubte Forderungen wie die Verstaatlichung von Banken oder die staatliche Kontrolle möglichst aller Kapitalbewegungen werden aus den Schubladen wieder hervorgezogen.

Die entsprechende Stimmung reicht weit in die bürgerliche Presse wie z.B. die FAZ, und selbst die Kanzlerin versucht mit ihren Stellungnahmen einer gefühlten Volksmeinung zu entsprechen. Auch die CDU Berlin fordert im Strategiepapier von Friedbert Pflüger die „ökosoziale Marktwirtschaft jenseits von Kapitalismus und Sozialismus“. Man sollte das nicht unterschätzen: Einige stellen jetzt offen die Systemfrage. Das gefährdet Wohlstand und wirtschaftliche Entwicklung.

Keine Frage, die Lage ist katastrophal und höchst instabil. Die jetzt drohenden Gefahren sind wirklich zu hoch, um sie völlig dem freien Spiel der Kräfte zu überlassen, vor allem, da übertriebene Panikreaktionen verhindert werden müssen. Das Szenario einer Wiederholung von 1929 wäre sonst durchaus nicht unrealistisch. Staatliches Handeln ist deshalb erforderlich.

Es gibt aber keinen Grund, jetzt die Überlegenheit staatlicher Wirtschaftssteuerung zu preisen. Die Krise ist auch durch politische Maßnahmen mit verursacht worden. Die amerikanische Regierung, die unbedingt jedem Bürger sein Häuschen verschaffen wollte oder die Federal Reserve, die zur Förderung dieser Politik die Welt mit

großen Mengen billigem Geld versorgt hat, was zu extremen Spekulationsblasen im Immobilienbereich führte, haben genauso ihren Teil zur Krise beigetragen wie die schon bestehenden Aufsichtsbehörden, die viele Entwicklungen schlicht übersehen haben. Außerdem sollte einem zu denken geben, dass in Deutschland gerade Staatsbanken wie KfW, IKB und die Landesbanken besonders hohe Schäden hatten. Dort hat sich sicher nicht die Überlegenheit staatlichen Handelns erwiesen. Auch der Staat hat versagt. Die Finanzkrise darf deshalb kein Vorwand sein, jetzt eine Staatsaufsicht über die Wirtschaft zu fordern.

Anders als es jetzt oft erzählt wird, ist das Geld, das viele verloren haben, zu einem großen Teil nicht in die Taschen „gieriger Banker“ geflossen. Jeder, der in den USA, Spanien und anderen Ländern in den letzten Jahren ein Haus verkauft hat, hat von hohen Preisen profitiert. Auch die Finanzminister haben gerne die Steuern auf Spekulationsgewinne und überhöhte Buchwerte eingenommen. Millionen von Bürgern haben sich in den USA zu niedrigen Zinsen hoch verschuldet. Es gibt also viele, die einen Vorteil hatten. Einige wenige zu Buhmännern zu erklären, geht am Thema vorbei.

Die FDP hat nun die Pflicht, komplizierte Zusammenhänge zu erklären, und argumentativ gegen das Bauchgefühl vieler, die Medienkampagnen und die bestehende grundsätzliche Skepsis gegenüber marktwirtschaftlichen Prinzipien gegenzuhalten. Es gilt dabei, die marktwirtschaftliche, weltoffene Wirtschaftsordnung zu verteidigen. Die Erfahrung zeigt doch, dass trotz aller Krisen die Marktwirtschaft immer noch den staatlich gesteuerten Wirtschaftssystemen überlegen ist.

Das heißt nicht, dass nicht auch konkrete Verbesserungsmaßnahmen möglich wären. Dazu gehören z.B. bessere Methoden zur Früherkennung von Fehlentwicklungen oder eine bessere Koordination der Politik der großen Industriestaaten zur Eindämmung von Spekulationsblasen.

Eine Politik mit Augenmaß und Prinzipientreue ist jetzt besonders gefragt. Dies sollte die FDP auch in den anstehenden Wahlkämpfen für eine klare Profilbildung nutzen.

*Henner Schmidt MdB (OV Gendarmenmarkt),
Vorsitzender des FDP-Bezirksverbandes Mitte*

Zum Thema

Die Finanzkrise

von *Thomas Waterstradt*

Bis vor einigen Tagen nahm der Europäer an, dass die aktuelle Finanzkrise nur ein amerikanisches Phänomen ist, immerhin hatten die Europäischen Banken alle erforderlich gewordenen Abschreibungen offenbar verdauen können. Seitdem aber drei Benelux-Staaten Teile des Finanzkonzerns Fortis, Großbritannien seine zwei Hypothekenfinanzierer und Deutschland die Hypo Real Estate (immerhin ein DAX Unternehmen) stützen oder sogar übernommen haben, sind auch die Europäer sorgenvoll geworden.



Wir müssen unseren liberalen Kompass im Auge behalten und dabei – wie der Parteivorsitzende Guido Westerwelle sagt – sowohl als Anwalt der Steuerzahler fungieren als auch unserer Verantwortung für die Landesinteressen annehmen. Aufpassen müssen wir, wenn die Finanzkrise und der ihr folgende Trend zur Verstaatlichung zu populistischen Impulsen führt. Es geht hierbei um zweierlei: erstens ist ganz allgemein Verstaatlichung eher die Antithese zu unserem liberalen Modell, und zweitens muss der Beweis, dass „staatsorientierte“ Institute es besser machen, noch vorgelegt werden (es sei insofern nur an IKB, KfW, Sachsen LB, WestLB uvm. erinnert). Außerdem muss unsere warnende Stimme insofern vehement erhoben werden, als diese Art der Unterstützung (Verstaatlichung) zu erheblichen Wettbewerbsverzerrungen führen kann und führt. All dies gilt auch für unsere Europäischen Freunde und ist somit auch mit Blick auf die Europawahl ein bedeutendes Thema.

Bei aller staatsbürgerlichen Verantwortung sehe ich nur uns Liberale, die einerseits die – soziale – Marktwirtschaft und andererseits bei aller nötigen Einflussnahme des Staates (Liquiditätsversorgung, gesetzlicher Rahmendaten, ggf. auch Neuordnung des Aufsichtssystems) das gesunde Maß verteidigen können und so zur Vertrauensbildung in der Bevölkerung beitragen werden.

Die FDP steht, stand und wird sich dafür einsetzen, dass Ungleichgewichte, Ungerechtigkeiten und Unsachlichkeiten aufgezeigt werden und bietet wie gewohnt fachlich und sachlich richtige Lösungen an.

Thomas Waterstradt (OV Gendarmenmarkt)

Kandidatin zur Europawahl

Eine neue Generation für ein liberales Europa

von *Beate Schütz*

Unser Europa braucht eine neue Generation junger und unkonventioneller Politiker, die das europäische Projekt im 21. Jahrhundert im liberalen Geist vorantreiben.

Europäische Politik darf nicht länger nur elitär und technokratisch beim Bürger ankommen. Sie muss verständlich und transparent sowie mit einem erkennbaren Mehrwert für die Menschen verbunden sein. Dieser Mehrwert muss von authentischen Politikern vermittelt werden, die auch erkennbar selbst wissen, wo der Schuh drückt.

Auf der kommunalen Ebene haben Bürger den unmittelbaren Kontakt zum Staat. In meinem Bezirk wurde ich 2006 als Verordnete gewählt und betreibe dort seitdem sichtbar handfeste, ehrliche und liberale Politik.

Die Jugend braucht wieder einen Draht nach Europa. Wenn politische Institutionen wie die EU nicht von jungen Menschen getragen werden, dann gerät das ganze Projekt in Gefahr. Akzeptanz macht sich nicht nur in technischen Paragraphen bemerkbar. In mir finden Sie eine neue Kämpferin gegen unnötige Bürokratie. Wie kann man der Jugend glaubhaft von den Vorzügen der EU erzählen, wenn die EU völlig unseriös mit den Geldern der Bürger umgeht?

Ich biete Ihnen meine politische Erfahrung ebenso an wie meine Fähigkeiten und meine Kenntnisse aus dem BMVBS, meine akademischen Kenntnisse sowie meine enorme Energie und frische Ideen. So reicht es beispielsweise nicht aus, nur zu wissen wie man Gesetzesvorhaben formuliert. Man muss auch wissen, wie die Verwaltung mit diesen Vorhaben umgeht.

Ich freue mich schon jetzt auf Ihre Unterstützung und auf unseren gemeinsamen Wahlkampf! Zusammen können wir die liberale Erfolgsgeschichte in Brüssel fortsetzen.



Beate Schütz (BV Lichtenberg), M.A. European Administration Management, Bundesministerium für Verkehr, Bau u. Stadtentwicklung, Tel. 0175/6079311, beate.schuetz@fdp-lichtenberg.de

Kandidatin zur Europawahl

Den Mittelstand und die Freiheitsrechte vertreten

von *Alexandra Thein*

Als Rechtsanwältin kandidiere ich für das Europäische Parlament, um dort Politik für den Mittelstand sowie Innen- und Justizpolitik zu gestalten, die Freiheits- und Bürgerrechte zu verteidigen und mich allgemein für stärkere Vertretung deutscher Interessen in Brüssel einzusetzen.



Die Sorgen und Nöte des Mittelstandes kenne ich von meiner mittelständischen Mandantschaft und aus meiner eigenen Selbständigkeit. Neben den Forderungen nach Bürokratieabbau und Deregulierung sind die gleichartige Umsetzung von EU-Recht in nationales Recht und die Schaffung von einheitlichen Regeln für den Mittelstand wichtig. Nur bei gleichen Rahmenbedingungen können die tatsächlich wirtschaftlich effizienten Entscheidungen getroffen werden.

Die Innen- und Justizpolitik ist in den vergangenen Jahren auf europäischer Ebene immer breiter, tiefer und komplexer geworden. Deshalb braucht es im Europäischen Parlament eine erfahrene, liberale Praktikerin der Materie.

Wir müssen deutsche Interessen stärker als bisher in den europäischen Entscheidungsfindungsprozessen vertreten, dabei deren Natur als Verhandlungskompromisse deutlich machen, um so ihre Akzeptanz beim Bürger zu erhöhen. Insbesondere sollten wir uns im Interesse der Berliner Wirtschaft für eine stärkere Förderung der beigetretenen osteuropäischen Länder einsetzen und gegen die gerade wieder von Frankreich initiierte Mittelmeerförderung positionieren.

Wenn Sie wie ich der Meinung sind, dass unseren Wählern eine FDP-Bundesliste, auf der fast nur Berufsparlamentarier und Beamte stehen, nicht glaubwürdig zu vermitteln ist, biete ich Ihnen als Selbständige mit 20-jähriger Berufserfahrung und beruflich wie privat gelebter Internationalität eine Alternative.

Alexandra Thein (BV Steglitz-Zehlendorf), Rechtsanwältin und Notarin, ehem. Vorsitzende OV Dahlem und FDP-Landesvorstand, Tel. 884 723 0, e-mail alexandra.thein@web.de

Kandidat zur Europawahl

Die Energiefrage ist entscheidend für den Frieden

von *Stefan Kröger*

Als Abgeordneter des Europäischen Parlaments werde ich mich entscheiden für mehr Bürgerrechte in Europa einzusetzen. Ein weiterer Schwerpunkt meiner Arbeit wird eine ökologisch verantwortliche und zugleich sozial verträgliche



Energiepolitik sein. Es reicht nicht mehr, die europäischen Bürger lediglich über bereits beschlossene Gesetze zu informieren. Was im traditionellen Obrigkeitsstaat üblich war, sollte nicht Einzug in unser europäisches Zuhause finden. Volksentscheide sind ebenso notwendig wie das Initiativrecht für Gesetze, sowohl für das Europäische Parlament wie auch für die nationalen Parlamente.

Damit unser europäisches Haus auch nachts hell auf dem Erdball leuchtet und es auch im Winter warm und behaglich ist, brauchen wir endlich eine Energieaußenpolitik die uns und unseren Firmen den preiswerten und sicheren Bezug von Strom und Gas gewährleistet.

Mit echtem Wettbewerb und der Ausweitung des europäischen Strom und Gasnetzes über die Grenzen Europas hinaus nach Nordafrika können viele Länder regenerativen Strom ins europäische Stromnetz einspeisen. Zudem entsteht in diesen Ländern durch den Verkauf von Strom Wohlstand, Friede und Rechtsstaatlichkeit. In meiner Eigenschaft als Dipl. Ing. für Energie- und Verfahrenstechnik bin ich in der Lage, in den entsprechenden Ausschüssen des Europäischen Parlaments gestaltend mitzuarbeiten.

Wer dem Bürger im Wahljahr 2009 glaubhaft aufzeigt, wie unsere Energieversorgung auch in Zukunft zu sozial verträglichen Preisen gewährleistet werden kann, gewinnt das Vertrauen und die Stimmen der Wähler. Der Friede der Welt hängt von der Energiefrage entscheidend ab.

Ich bitte daher um Ihr Vertrauen

Stefan Kröger (BV Steglitz-Zehlendorf), Groß- und Außenhandelskaufmann, Dipl. Ing. für Energie und Verfahrenstechnik und mittelständischer Immobilienunternehmer

Kandidat zur Europawahl

Deutsche Interessen

von *Boris Böhme*

Deutsche Interessen in Europa stehen als Europareferent im Deutschen Bundestag im Mittelpunkt meiner Arbeit. Dabei ist Europa in Gestalt der EU für mich in erster Linie ein Faktum und keine Idee. Täglich analysiere ich europäische Rechtsetzungsvorhaben und ihre Auswirkungen auf Deutschland und kann bestätigen, was wir alle im Alltag erleben: die EU strahlt in nahezu jeden unserer Lebensbereiche aus. Aus dieser Feststellung folgt jetzt nicht ein rosarotes Plädoyer der Europaeuphoriker oder die Fundamentalkritik der Europaskeptiker.



Als Realist akzeptiere ich die EU als das was sie ist: eine Gesetzgebungsebene neben Bund und Ländern. Kurzum: es gilt deutschen Interessen in Europa Geltung zu verschaffen und da die EU mit ihren 4 Grundfreiheiten des Binnenmarkts zuvorderst eine wirtschaftsliberale Veranstaltung ist, können dort mit Nachdruck liberale Prinzipien verfolgt werden. Gleichzeitig ist Europa dort Einhalt zu gebieten, wo es seine Kompetenzen überschreitet. So hat Sozialpolitik in Europa nichts zu suchen, sondern ist nationale Aufgabe. In Europa darf nur das geregelt werden, was nicht auf nationaler Ebene besser geregelt werden kann. Die Oberste Maxime muss dabei ein greifbarer Mehrwert einer europäischen Regelung sein. Dem Europaparlament kommt dabei eine zentrale Aufgabe der Kontrolle zu. Leider zeigt die Wirklichkeit, dass das EP regelmäßig den Versuch unternimmt, weitergehende europäische Regelungen aufzusatteln.

Hier sehe ich meine Hauptmotivation als Abgeordneter im EP: mich einzusetzen für die Durchsetzung liberaler Prinzipien in der europäischen Gesetzgebung, unter Berücksichtigung deutscher Interessen und der Abwehr von Kompetenzverletzungen. Dies im Europawahlkampf 2009 für die FDP zu vertreten, biete ich Ihnen an.

Boris Böhme (BV Charlottenburg-Wilmersdorf), Referent für Europapolitik in der Bundestagsverwaltung, Tel. 0170/2407666, e-mail vorsitzender@fdp-altwilmersdorf.de

Kandidat zur Europawahl

Kandidatur zum umweltpolitischen Sprecher der FDP im Europaparlament

von *Jürgen Hacker*

Der derzeitige umweltpolitische Sprecher der FDP im EP, Herr Kraher, vertritt u.a. die Position, dass den Stromkonzernen auch weiterhin die im EU-Emissionshandel benötigten Emissionsrechte geschenkt werden sollten, damit diese weiterhin jährlich Mrd. € an Sondergewinnen erzielen können! Nicht nur dies widerspricht Beschlüssen von BPT und BT-Fraktion. Auch ansonsten ist bei seinen Positionen fast immer die Nähe zu der jeweils betroffenen Industrie nicht zu übersehen. Ich bewerbe mich daher mit Unterstützung vieler Umweltpolitiker zum Berliner Spitzenkandidaten, um auf Platz 7 der FDP-Bundesliste gegen Herrn Kraher kandidieren und der Bundesvertreterversammlung eine klare umweltpolitische Alternative anbieten zu können.



Bereits als Vorsitzender des LFA Umwelt, des bundesweiten Gesprächskreises Ökologische Marktwirtschaft und als Mitglied des BFA Umwelt habe ich mich für eine liberale und am Gemeinwohl orientierte Umweltpolitik engagiert. Als ehrenamtlicher Vorsitzender des Bundesverbandes Emissionshandel und Klimaschutz (www.bvek.de) bin ich Teilnehmer der UN-Klimakonferenzen und Mitglied der AG Emissionshandel beim Bundesumweltministerium. Ich setze mich dabei für ein volkswirtschaftlich effizientes System handelbarer Emissionsrechte zum Klimaschutz ein, wozu das bestehende EU-System wesentlich erweitert und verbessert werden muss. Ich bin bereit, mein dabei gewonnenes überparteiliches Ansehen in den Dienst der FDP zu stellen.

Mit meiner Wahl würde die Schwachstelle der FDP im EP beseitigt. Das würde insgesamt die Glaubwürdigkeit liberaler Umweltpolitik verbessern.

Jürgen Hacker (BV Charlottenburg-Wilmersdorf), Tel. 32701660, e-mail hacker@bvek.de

Aus dem Abgeordnetenhaus

Verbieten lässt sich alles – nur nicht mit uns

von Kai Gersch

Im Berliner Landesparlament wirken fast nur noch Akteure mit erhobenem Zeigefinger. Die Verbotsorgie hält also unvermindert an. Die FDP ist die einzige politische Kraft, für die Berlin eine tolerante und freiheitsliebende Stadt bleiben soll - auch beim Thema Rauchverbot.



Seit über einem Jahr ringen wir deshalb darum, es den Gastwirten selbst zu überlassen, ob in ihren Kneipen geraucht werden darf oder nicht. Die beste Lösung wäre eine Kennzeichnungspflicht, denn jeder kann so selbst entscheiden, welche Räume er betritt.

Von Sozialisten, Sozialdemokraten und Grünen mussten wir uns dafür beschimpfen lassen; man attestierte uns eine bewusste Gefährdung der Nichtraucher. Dies ist freilich nicht so, denn auch wir sind für ein Rauchverbot in allen Verwaltungsgebäuden Berlin. Wir plädieren für eine Regelung mit Augenmaß.

Doch die Lösung für die rot-rot-grüne Allianz war ganz einfach: Überall verbieten.

Das Bundesverfassungsgericht hat dies nun kassiert und das Rauchen in gekennzeichneten Einraumkneipen gestattet. Dieser Paukenschlag inmitten der Sommerferien hat mittlerweile zum Einlenken der Koalition geführt. Wir warten gespannt auf den angekündigten Gesetzentwurf.

Dieser Etappensieg spornt an. Denn es gibt noch viel zu tun. Die seit Beginn des Jahres geltende Umweltzone erweist sich immer mehr als nutzlos, denn die Feinstaubbelastung konnte durch sie nicht merklich reduziert werden. Dafür muss die Wirtschaft umso mehr leiden. Die Betriebe klagen über das Fahrverbot und die enorme finanzielle Belastung durch die Fahrzeugumrüstung. Diese Ausgaben spart sich die Verwaltung - die Behörden verzichten größtenteils auf die Umrüstung der eigenen Fuhrparks.

Was der Senat der Wirtschaft zumutet, will er selbst nicht umsetzen. Diese Doppelmoral lassen wir dem Senat nicht durchgehen. Wir bleiben dabei: Die Umweltzone muss weg!

Kai Gersch MdA, Vorsitzender des BV Spandau

Aus der Landespartei

Europatag und Parteitag

von Katja v. Maur

Kaum war die Sommerpause vorbei und der erste Schwung der Bildungsflyer zum Schulanfang und bei den Erntefesten großflächig über Berlin verteilt, waren die Terminkalender wieder voll. Sitzung folgte auf Sitzung und eine Vorstellungsrunde jagte die andere. Anträge wurden formuliert und Änderungsanträge auf den Weg gebracht.



Endlich ist es nun soweit: Am kommenden Samstag tritt vormittags der Berliner Europatag zusammen, um die Spitzenkandidatin bzw. den Spitzenkandidaten ins Rennen um die begehrten Listenplätze Richtung Europaparlament zu schicken, die Anfang 2009 in Berlin vergeben werden. Die Delegierten entscheiden außerdem über zwei Leitanträge zur Europapolitik und legen fest, welche Berliner Parteifreundinnen und Parteifreunde als Delegierte über die Platzverteilung der Europakandidaten mitbestimmen dürfen. Zwei Kandidatinnen und vier Kandidaten bewerben sich darum, Berlin aus liberaler Sicht in Brüssel zu vertreten. Die Spannung ist genauso groß wie die Verantwortung, die jemand als Europakandidatin oder -kandidat des Berliner Landesverbands hat. Entsprechend ist die Verantwortung, die die Delegierten mit ihrer Stimme haben.

Weil der Berliner Landesverband arbeitsfreudig und effizient ist, treffen sich dann nachmittags anschließend die Landesparteitagsdelegierten zu einem Sonderparteitag und stimmen über sehr wichtige und essentielle Satzungsänderungsanträge ab. Auch hier gilt: Stellen Sie sich der Verantwortung und seien Sie dabei! Satzungsfragen sind zwar nicht immer leicht verständlich und populär, aber die Satzung regelt die Grundlagen für eine fruchtbare und effiziente politische Zusammenarbeit aller Parteimitglieder auf allen Ebenen sowie die finanzielle Ausstattung.

Der Landesvorstand hat sich viel Mühe mit der Vorbereitung gegeben und die anstehenden Fragen intensiv mit den OV's und BV's diskutiert, um allen Anliegen gerecht zu werden. Der Sonderparteitag hat nun die Aufgabe das Beste daraus zu machen. Machen Sie mit!

Katja v. Maur (OV Tiergarten) ist Beisitzerin im Landesvorstand der Berliner FDP

Berichte aus Mitte

Bürgerentscheid gegen die Parkraumbewirtschaftung gescheitert

Piotr Pawlowski für die BVV-Fraktion

Zweifellos ist das Ergebnis des Bürgerentscheides gegen die Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung für die FDP enttäuschend. Zwar hat sich die überwältigende Mehrheit jener, die an dem Bürgerentscheid teilgenommen haben gegen die Parkraumbewirtschaftung ausgesprochen. In allen Teilen des Bezirkes waren es 80% der Bürgerinnen und Bürger. Doch das notwendige Quorum von 15% wurde verfehlt. Es wurden weitere 7000 Stimmen benötigt, damit der Bürgerentscheid gilt. Die Fraktion der FDP sieht sich dennoch in der Annahme bestätigt, dass die Bevölkerung grundsätzlich die neuen Parkzonen ablehnt. Symptomatisch ist die Tatsache, dass auch in den neu errichteten Zonen das Ergebnis des Entscheids eindeutig war. Dies widerlegt die These, dass die Parkraumbewirtschaftung bei den Bürgern gut angekommen sei. Trotz des Misserfolges hat die Bürgerinitiative sehr viel erreicht. So wurden die Gebühren für die Anwohnergarten drastisch reduziert (von 50 € auf 10 €). Der zuständige Stadtrat hat Nachbesserungen versprochen und man kann davon ausgehen, dass das Bezirksamt in Zukunft mit der Errichtung neuer Zonen viel vorsichtiger sein wird. Wir bedanken uns bei der Bürgerinitiative und bei allen Mitgliedern unserer Partei, die die Initiative unterstützt haben ganz herzlich.

Das Gelöbnis darf jedes Jahr vor dem Reichstag stattfinden – Die BVV hat in der Sitzung vom 18. Sept. 2008 mit den Stimmen der CDU und SPD den Antrag der FDP angenommen, in dem das Bezirksamt verpflichtet wurde, das Gelöbnis der Soldaten auf dem Platz der Republik dauerhaft zu genehmigen. Ferner soll das Bezirksamt die Rolle des Koordinators zwischen dem Bundesverteidigungsministerium und der Senatsverwaltung übernehmen, damit das Genehmigungsverfahren problemlos über die Bühne geht. Mit unserem Beschluss soll sichergestellt werden, dass sich die Pannen bei der Erteilung der Genehmigung für das Gelöbnis auf dem Platz der Republik von diesem Jahr nie wiederholen. Der Platz vor dem Sitz des Deutschen Parlaments ist der beste Ort für das Gelöbnis der jungen Soldaten, die „das Glück haben, einer friedfertigen Nation und ihrem heute rechtlich geordneten Staat zu dienen“.

Wir sind ansprechbar über das

Fraktionsbüro der FDP in der BVV Mitte, Neues Stadthaus, Raum 230, Parochialstr. 1–3, 10179 Berlin, Tel. 2009 24 365, Fax 2009 24 363

Öffnungszeiten: Mo, 12:00 bis 20:00, Di, Do 12:00 bis 18:00

www.fdp-fraktion-mitte.de

Bildung hautnah

Stefan Scholz vom OV Gendarmenmarkt

Die Bildungspolitik als Kernthema der Berliner Liberalen stand auf einem Themenabend der FDP Gendarmenmarkt am 9. September im Mittelpunkt. Mieke Senftleben, Bildungsexpertin der Berliner FDP im Abgeordnetenhaus, erläuterte die konkrete Ausgestaltung des Berliner FDP Schulmodells "Bürgerschule" - über Bildungsgutscheine finanzierte Schulen mit Eigenverantwortung und eigenem Profil. Das aktuelle Thema lockte Gäste aus anderen Ortsverbänden, wie den BVV-Verordneten Peter Lundkowski, ebenso wie beruflich interessierte Zuhörer.

Der Ortsverband Gendarmenmarkt unterstützt die themenbegleitende Kampagne des Landesverbandes Kinder+Bildung=Zukunft zusätzlich mit Aktivitäten vor Ort. Am Einschulungstag präsentierten die Liberalen das Bildungskonzept interessierten Eltern und zukünftigen Erstklässlern an der Grundschule in der Wilhelmstraße und verteilten Informationsmaterial. Weitere Vor-Ort-Aktivitäten werden derzeit geplant.

„Pro Reli“ beim OV OT

Anne Jordan vom OV Oranienburger Tor

Am 01.10. war der Geschäftsführer des Vereins Pro Reli, Martin Schröder, zu Gast. Der Verein setzt sich für die Einführung von Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach und Wahlalternative zum jetzigen Ethikunterricht ein. Herr Schröder stellte die Initiative für einen weiteren Bürgerentscheid kurz vor. Die für viele Anwesende schwierige Abwägung zwischen der von einer überzeugten und gelebten Position geleisteten Hilfe zur (religiösen) Selbstentfaltung und der eventuellen Gefahr der Indoktrinierung der jüngsten Schüler führte anschließend zu einer lebhaften Diskussion, die Herrn Schröder zu einer abschließenden Bemerkung über die angenehmen Umgangsformen und das hohe Diskussionsniveau in der FDP im Vergleich zu anderen Parteien veranlasste.

Derzeit werden noch bis 21. Januar Unterschriften gesammelt, 170.000 müssen es sein damit der Entscheid zustande kommt.

Tiergarten goes Leipzig

Katja v. Maur vom OV Tiergarten

Die Klausurtagung des OV Tiergarten führte uns diesmal nach Leipzig und ließ dank der professionellen Vorbereitung von Peter Pawlowski und der ortskundigen Jenny Langner keine Wünsche offen: Per Interconnex starteten wir morgens vom Hauptbahnhof, unser Hotel entpuppte sich gleichzeitig als Kunstgalerie. Anschließend wurden von einer engagierten Leipzigerin bei sonnigem Wetter mit der wechselvollen Geschichte der Kaufmanns-, Handels-, Literatur- und Musikstadt Leipzig konfrontiert. Die vielen berühmten historischen Gebäude und Stätten zeugen davon, dass Leipzig schon immer eine Vorreiterrolle innehatte. Hier wirkten nicht nur Luther und Goethe, Bach und Leibniz, sondern auch Kurt Masur und Pfarrer Führer, unter dessen Obhut die Friedensgebete und später die Montagemonstrationen standen, die schließlich die Wiedervereinigung ermöglicht haben.

Besuche der Nikolaikirche und der Thomaskirche waren am nächsten Tag geplant. Während wir in der Nikolaikirche noch einmal ausführlich Schritt für Schritt anschaulich die Geschichte und die Ereignisse von den Friedensgebeten seit 1983 über die Montagemonstrationen bis zur Wende 1990 erleben durften, genossen wir in der Thomaskirche den Thomanerchor und eine Bachkantate sowie gemeinsames Beten. Beide Kirchenbesuche waren hochemotional und werden lange haften bleiben.

Abends konnten wir dann mit dem Europaabgeordneten Holger Kraemer und dem Landtagsabgeordneten, Stadtrat und Kreisvorsitzenden der Leipziger FDP Sven Morlok aktuelle politische Themen diskutieren. Die beiden berichteten aus ihrem politischen Alltag und beantworteten Fragen zur Energie- und Umweltpolitik, zur Situation der Stadt Leipzig (gescheiterte Abstimmung zum Verkauf von Landesbeteiligungen) und des Landes Sachsen.

Am Sonntag standen dann noch das Völkerschlachtdenkmal und ein Besuch der „Runden Ecke“ des ehemaligen Stasi-Gebäudes auf der Agenda, bevor es mit guter Stimmung und vielen Eindrücken zurück in das abendliche Berlin ging.

Neustart

Bettina v. Seyfried vom OV Wedding

Nach den Ferien versammelte sich eine stattliche Zahl von Mitgliedern und Aufnahmewilligen zum als Offenes Vorstandstreffen – Mitgliederversammlung mit anschließendem STAMMTISCH kurzfristig umbenannten Weddinger OV Treffen. Wie erhofft, entspannen sich interessante Diskussionen um brisante Themen. Die Bildung stand dabei im Mittelpunkt und wird uns auch in den kommenden Monaten beschäftigen. Es freut uns besonders, dass eine deutliche Verjüngung der Mitglieder zu verzeichnen ist und wir hoffen sehr, dass das diskussionsfreudige Klima im OV weiterhin für neuen Schwung sorgen wird - frei nach unserer Devise: Klein aber fein!

Ein Alternativvorschlag für die derzeit nicht zu realisierende Veranstaltung mit Johannes Seybold ist in Arbeit.

Kommunal- und Bildungspolitik pur

Anno Blissenbach vom OV Wilhelmstadt

Anfang September verteilten die Wilhelmstädter fleißig den Bildungs-Flyers der FDP-Berlin „Kinder + Bildung = Zukunft“ und leistete damit einen Beitrag zur landesweiten FDP-Bildungskampagne. Ebenso setzte sich der OV für das Volksbegehren gegen die Parkraumbewirtschaftung ein.

Die in Wilhelmstadt gelegene Spandauer Vorstadt ist nicht nur eine FDP-Hochburg in Berlin-Mitte, sondern auch Opfer von abwegiger Verbot- und Entwicklungsverhinderungspolitik der anderen politischen Parteien. Die letzten Wochen arbeitete der OV unter Federführung von Nils Augustin intensiv an dem Flyer „Für eine lebendige Spandauer Vorstadt“ der nunmehr kurz vor der Fertigstellung steht. Nun sind Spenden erwünscht, um den Flyer in hoher Auflage drucken und verteilen zu können.

Am 23. September beschloss der Landesausschuss mit großer Mehrheit den aus dem OV-Wilhelmstadt initiierten Antrag „Jedem Kind sein Instrument“, der in der Berliner Bildungs- und Kulturszene sehr erfreut zur Kenntnis genommen wird.

Personalien

(au) Die alljährliche „Klausurtagung“ des OV Tiergarten führte Mitglieder und Freunde in diesem Jahr nach Leipzig. Der langjährige ehemalige Ortsvorsitzende und stellv. Bezirksvorsitzende **Piotr Pawlowski** hatte gewohnt trefflich organisiert, war aber kurzfristig an seiner Teilnahme gehindert, so dass sich vor Ort der Ortsvorsitzende **Michael Saß**, Stellvertreter und BA-Mitte-Sprecher **Kurt Lehner** sowie die aus Leipzig stammende Parteifreundin **Jenny Langner** umsichtig um die Reisegesellschaft, deren Kopfbzahl von 28 einen Rekord darstellte, kümmerten. Zu Kunst, Kultur und Geschichte gab es einen politischen Diskussionsabend mit **Holger Krahrmer** MdEP (Foto) und dem Leipziger FDP-Kreisvorsitzenden **Sven Morlock** MdL, wo u.a. Krahrmer, umweltpolitischer Sprecher der FDP-Gruppe im Europaparlament, eine Umweltpolitik jenseits von Glauben präsentierte. Unter den Reiset Teilnehmern von außerhalb die stellv. Landesvorsitzende **Nikoline Hansen** (Friedrichshain-Kreuzberg), unser Bezirksvorsitzender **Henner Schmidt** MdA (Gendarmenmarkt), Bezirksvorstandsmitglied **Nils Augustin** (Wilhelmstadt), **Mathias** und **Annette Goldstein** (Charlottenburg-Wilmersdorf) sowie die beiden



Kandidatinnen für das Berliner Spitzenticket zur Europawahl, **Beate Schütz** (Lichtenberg, Foto mit DDR-Bürgerrechtler in der Nikolai-Kirche) und **Alexandra Thein** (SteglitZ-Zehlendorf, Foto bei Umtrunk zu ihrem Geburtstag am Völkerschlachtdenkmal). Aus der Funktionsträgerschaft des OV Tiergarten waren auf der interessanten, vergnüglichen, lebendigen Exkursion ins Sächsische Landesvorstandsmitglied **Katja v. Maur** und der Bundesfachausschussvorsitzende **Tom Reinhold**, ferner **Uwe Post**, Mitglied im Landessatzungsausschuss, OV-Schatzmeister **Michael Herrmann**, Ortsvorstandsmitglieder **Donald Tuckwiller** und – zugleich stellv. BA-Mitte-Sprecher – **Philipp Ehmman** dabei.



(au) Nach Jahrzehnten des Ringens gegen wettbewerbsfeindlichem Protektionismus war es im September vollbracht: Das Schornsteinfegermonopol ist gekippt, der Bundesrat verabschiedete das Gesetz zur Neuregelung des Schornsteinfegerwesens, ab 2009 haben Hausbesitzer weitestgehend freie Hand in der Wahl eines Fachmanes ihres Vertrauens. Anlass für die Neuregelung war ein EU-Vertragsverletzungsverfahren wegen Verstoßes der alten Regelung gegen den freien Dienstleistungsverkehr in Europa. Zum Thema lud **Sebastian Czaja** MdA aus Marzahn-Hellersdorf zu einer Podiumsdiskussion mit u.a. **Birgit Homburger** MdB (Baden-Württemberg), dem Präsidenten des Verbandes deutscher Grundstücksnutzer, **Eckhart Beleites**, dem Obermeister der Berliner Schornsteinfegerinnung, **Werner Christ**. Homburger fasste schließlich zusammen, dass nach wie vor das „Problem der Doppelmessungen“ bestehe, weil ein Betrieb, der die Anlagen wartet und reinigt, nicht zugleich messen darf. Die FDP fordert, auch ein zertifizierter Fachbetrieb aus dem Bereich Sanitär, Heizung und Klimatechnik solle künftig die Bescheinigungen ausstellen dürfen.



(au) Weltpolitik hautnah erlebte **Nicola Jacob** (Foto), Stellv. Vorsitzende des BV Charlottenburg-Wilmersdorf, als sie jüngst für die HU ein akademisches Austauschseminar in Tiflis, Georgien, leitete. Mit einer Gruppe deutscher und georgischer Wissenschaftler flüchtete sie nach Tagen des Ausharrens unter russischen Bombenangriffen auf Tiflis zum Flughafen, konnte das Land mit der letzten startenden Verkehrsmaschine verlassen.

(au) Wahlabend im Thomas-Dehler-Haus ist für die Parteifreundinnen und Parteifreunde in der Regel sehr vergnüglich, und nach der jüngsten Bayern-Wahl war es besonders schön. Bei Westerwelle, Weißwurst und Brez'l'n waren aus dem BV Mitte etwa aus Gendarmenmarkt unser Bezirksvorsitzender **Henner Schmidt** MdA, OV-Schatzmeister **David Issmer**, die JuLi-Bezirksvorsitzende **Juliane Homuth** und **Bärbel Freudenberg-Pilster** dabei, vom OV OT die Ortsvorsitzende **Frauke Sander**, Westerwelle-Referent **Marcus Kreft**, Ex-Ortsschatzmeisterin **Melanie Werner**, aus Tiergarten Landesvorstandsmitglied und Bezirksschatzmeisterin **Katja v. Maur**, BA-Sprecher **Kurt Lehner** und **Philipp Ehmman**, aus dem OV Wilhelmstadt Bundesgeschäftsführer **Hans-Jürgen Beerfeltz**, Bezirksvorstandsmitglied **Nils Augustin** sowie **Joseph Laudien** und **Martina Rozok**.

Leserbriefe

Michael Unterberger (BV Neukölln)

Auf dem libertären Bundestreffen am 13-14 September in Bonn hat die „libertäre Plattform“ in der FDP eine Bonner Erklärung beschlossen. Diese beginnt wie folgt:

„Der Liberalismus hat an Schärfe und Klarheit verloren. Wenn heute von Liberalismus gesprochen wird, ist oft ein beliebiger Liberalismus zu verzeichnen, sodass sich sogar unter Liberalen verschiedene Strömungen etatistischen Gedankengutes wiederfinden. Neoliberale Argumente im ursprünglichen Sinne werden kaum noch vertreten, der Liberalismus ist geprägt vom Interventionismus und dominiert von einer moderaten Spielart des Sozialismus, dem Sozialliberalismus. Gemein haben all diese Strömungen, dass sie sich zwar liberal nennen, mit Liberalismus aber wenig zu tun haben. Aus diesem Grunde haben sich FDP-Mitglieder, die für einen entschiedenen Liberalismus eintreten, in der libertären Plattform zusammengeschlossen. Die libertäre Plattform weist damit ein Spektrum vom klassischen Liberalen bis zum anarko-kapitalistischen Freidenker auf. Die Bewahrung, Weiterentwicklung und Umsetzung liberalen Gedankenguts ist unser wesentliches Anliegen, Freiheit, Eigentum und Gleichheit vor dem Gesetz sind die Leitlinien unserer Politik. Wir verstehen uns als Antagonistin aller Parteien, Organisationen und Politseilschaften, die die individuelle Freiheit der Menschen einschränken. Wir sehen dabei in der FDP die Partei mit der größten Konzentration von Freiheitsfreunden, und es ist deshalb unser Anliegen, das liberale Profil der FDP wieder zu schärfen. Wir bieten dabei eine Plattform für alle, die sich für liberale Politik auch in anderen Organisationen einsetzen. Wir sorgen uns um unser Land, in dem wir leben, wo kaum noch kontrollierbare und konkurrierende Gewalten fast jeden Lebensbereich mit Gesetzen nach eigenem Ermessen regulieren. Wir sehen, dass die politische Forderung nach ‚Gleichheit‘ das Eigentum und die Achtung vor anderen Lebensentwürfen zu zerstören droht. Die Gleichheit vor dem Gesetz wird zunehmend durch die Gleichheit durch das Gesetz ersetzt. Der aufgeblähte Regierungsapparat schöpft über die Hälfte des erwirtschafteten Wohlstandes ab und verteilt diesen für eigene Interessen und Zwecke um, wobei das Grundgesetz immer mehr ausgehöhlt wird. ...“

Mehr zur „libertären Plattform“ findet man unter www.libertaere-fdp.de

Schlusswort

Ein unsägliches Thema

von Bettina v. Seyfried

Gleich der erste Landesausschuss nach den Ferien befasste sich mit einem abgehangenen Thema. Noch immer führen zu viele Abgeordnete unserer AGH-Fraktion zu wenig oder gar nichts an die Landeskasse der FDP ab. Bekannte Fakten, fehlende Offenlegung wer im Einzelnen und weshalb, das kennen wir schon - Ratlosigkeit - Selbstherrlichkeit bei denen, die den geforderten Betrag ‚einfach‘ an den heimatlichen Bezirksverband abführen. Dieser, von so viel Großmut überwältigt, unterlässt die nahe liegende Weiterleitung der ‚fälschlich‘ eingegangenen Summen.

Regelwidrigkeiten, Verstöße gegen die gemeinsame politische Sache, wird der Status des AGH-Abgeordneten zur Privatsache. Werden u.a. eigene Aufwendungen zur Erreichung des gesteckten Zieles nachträglich der Landeskasse in Rechnung gestellt oder wie? Ein unerträgliches Thema und möglicherweise der Beweis dafür, dass es mehr um die eigene Sache geht als um die Gute!

Und gleich noch was:

Autofahrer als Tausendsassa?

Radeln ist eine tolle Sache. Hurtig, Wind und Wetter strotzend, überall durch und vorbei noch schnell die Lücke zwischen den parkenden Autos am Wegesrand und der endlos langen Schlange vor der nächsten roten Ampel nutzen. Oder: aus der Parkanlage kommend sich umstandslos in einen Fußgänger umdefinieren und volles Rohr über den Zehbraustreifen geigen – was ist denn dabei?

Merkwürdig nur, dass Autofahrer wie die Irren in die Bremsen steigen. Die müssen doch wissen, dass da nicht nur spielende Kinder, Hunde und Mütter mit Kinderwägen unterwegs sind.

Und die Lampe am Rad? Komplett überflüssig. So ein mutiger Radfahrer weiss doch wo's lang geht. Z.B auf dem Radweg gegen die Fahrtrichtung. Soll der Autofahrer doch sehen, wie er jemals aus der Seitenstrasse in die belebte Hauptstrasse wechselt. Von irgendwoher kommt immer ein Rad, und wenn es auf dem Bürgersteig ist – selbstverständlich in dunklen Klammotten, ohne Licht und Hupe und in voller Fahrt. Na denn Prost!!

Termine

Oktober 2008

- 06.10 19.00h Liberaler Mittelstand Berlin: **Mitgliederversammlung (Jahreshauptversammlung)** im Habel Weinkultur (Luisenstr. 19)
- 06.10 20.00h OV Wilhelmstadt: **Mitgliederversammlung** – Vorbereitung des Europatages, Anträge, Vorstellung der KandidatInnen – mit Beate Schütz, Alexandra Thein, Stefan Kröger, Boris Böhme, Jürgen Hacker – im Habel Weinkultur (Luisenstr. 19)
- 07.10 19.30h JuLis Mitte: **Mitglieder- u. Interessententreffen** im Café Ré (Märkisches Ufer 22)
- 08.10 19.30h OV Tiergarten: **Vorstand** im Arena (Birkenstr. 30)
- 11.10 10.00h LV Berlin: **Europawahlversammlung** – Anträge und Wahl der Berliner SpitzenkandidatIn zur Europawahl – anschließend 16.00h **Außerordentlicher Landesparteitag** – Satzungsänderungsanträge – im Ellington Hotel Berlin (Nürnberggerstr. 50)
- 13.10 19.00h Liberaler Mittelstand Berlin: **Gesprächsrunde** im Habel Weinkultur (Luisenstr. 19)
- 14.10 19.30h OV Gendarmenmarkt: **Mitgliederversammlung** im Löwenbräu (Leipziger Str. 61)
- 22.10 20.00h OV Wedding: **Offenes Treffen** im Opatija Grill (Müllerstr. 70)
- 26.10 11.30h OV Tiergarten: **Politischer Brunch** (das Original) im Walhalla (Krefelder Str. 6)
- 29.10 20.00h OV Gendarmenmarkt: **Liberaler Stammtisch** im Gaffel Haus Berlin (Taubenstr 26)
- 30.10 19.30h OV OT: **Veranstaltung** zum Thema „Ausblick auf die US-Wahlen“ – mit Robert von Rimscha – Reinhardtstr. 14

November 2008

- 03.11 20.00h OV Wilhelmstadt: **Mitgliederversammlung** – Thema: Die Wahlen in den USA – im Habel Weinkultur (Luisenstr. 19)
- 04.11 19.30h JuLis Mitte: **Mitglieder- u. Interessententreffen** im Café Ré (Märkisches Ufer 22)
- 05.11 19.30h OV OT: **Informations- und Diskussionsveranstaltung** „Schöner informieren statt schöner leben - Verführung und Irreführung durch Zahlen?“ – mit Henner Schmidt MdA – im Abgeordnetenhaus (Niederkirchner Str.), Saal 304
- 10.11 19.00h Liberaler Mittelstand Berlin: **Gesprächsrunde** – im Habel Weinkultur (Luisenstr. 19)
- 10.11 19.30h OV OT: **Diskussionsveranstaltung** mit Alexander Alvaro MdEP, www.fdp-ot.de
- 12.11 19.30h OV Tiergarten: **Vorstand** im Arena (Birkenstr. 30)
- 26.11 20.00h OV Gendarmenmarkt: **Liberaler Stammtisch** im Gaffel Haus Berlin (Taubenstr 26)
- 29.11 11.30h OV Tiergarten: **Politischer Brunch** (das Original) im Walhalla (Krefelder Str. 6)

**Termine im Bezirk werden laufend aktualisiert unter www.fdp-mitte.de
Bitte senden Sie Ihre Termin-Informationen an termine@fdp-mitte.de**

Alle Veranstaltungen und Sitzungen sind, soweit hier genannt, öffentlich.

Liberal Central erscheint monatlich außer August. Redaktionsschluss ist der erste Tag jedes Monats. LC wird um den fünften Tag des Monats als Datei auf der Webseite www.liberal-central.de eingestellt und als e-mail versendet. Print-Ausgaben werden um den zehnten Tag des Monats verschickt.

Weitere Hinweise, alle früheren Ausgaben und mehr finden Sie unter www.liberal-central.de.

Den Chefredakteur und alle OV-Redakteure erreichen Sie unter redaktion@liberal-central.de.